

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung



Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebkübler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksfabrik

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal MR. 2

Erscheint jeden Donnerstag
Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr

Insetionspreis pro dreigeklappten Pfeilzeile 50 Pf., für die Zählstellen 30 Pf.

Nierchante ordentliche Generalversammlung in Leipzig.

Die Generalversammlung in Leipzig, die vom 6. bis 10. Mai tagte, hatte in dieser Zeit schwere und für die Zukunft der ganzen Organisation so bedeutungsvolle Fragen zu lösen, daß sicher nur noch ganz wenige den Standpunkt einnehmen werden, die Einberufung wäre zu umgehen gewesen. Ganz gewiß nicht diejenigen Teilnehmer, die das Schicksal getroffen hatten, in den Kommissionen die Lösung der Fragen vorzubereiten. Vertreten waren 29 Wahlkreise durch 88 Delegierte, außerdem waren 5 Vorstandsmitglieder und der Vorsitzende des Ausschusses erschienen; 2 Bezirksleiter, die nicht zur Wahl gekommen hatten, wurde beratende Stimme auf dem Verbandsstage zugestanden. Die Leitung der Verhandlungen wurde in die Hände der Kollegen Friedmann und Heßschold gelegt.

Die einleitenden Worte, mit denen der Verbandsvorsitzende Ullmann die Verhandlungen eröffnete, wiesen eindringlich auf deren Charakter und den bitteren Ernst der Zeit hin. Im schlichter, aber um so mehr ergreifender Rede gedachte er dabei der vielen im Felde stehenden Arbeitsameraden und der Kriegsopfer sowie der hoffnigen Verluste durch Tod, die, zumal auch in der Verwaltung des Verbandes selbst, seit der letzten Generalversammlung zu verzeichnen sind und die zum Teil noch gar nicht wieder durch andere Kräfte zu ersetzen waren. Unsere skandinavischen Brüderorganisationen hatten es sich nicht nehmen lassen, trotz aller vorliegenden Hindernisse, in der Person des Kollegen Niessen aus Dänemark einen Vertreter zu schicken, und ebenso war der schweizerische Brüderverband durch Kollegen Fischler vertreten. Sie konnten auf das gute Zusammenarbeiten in der internationalen Verbindung der Berufskollegenschaft — soweit überhaupt die Möglichkeit auch während der Kriegszeit hierzu gegeben war — hinweisen, und beide zeigten in einigen Ausführungen die Erfolge ihrer Organisationen auf. Der österreichische Verband der Bäcker und Konditoren sandte einen telegraphischen Glückwunsch; von einer Reihe Kollegen im Felde und von Zahlstellen lagen außerdem Grüße und Wünsche vor.

Ullmann gab dann Bericht über die Tätigkeit des Verbandsvorstandes in der fünfjährigen Geschäftsjahre, mußte sich aber angeichts des gehäuften Stoffes natürlich darauf beschränken, das Bild nur in allgemeinen Umrissen zu zeichnen. Alle großen Fragen, Nachbachverbot, Betriebsbeschränkungen, Lohnbewegungen — alles wurde nochmals zusammenfassend dargestellt. Zuletzt betonte er aber ausdrücklich, in Hinblick auf mehrere Anträge, daß der Verbandsvorstand zu den Beschlüssen der Konferenzen der Verbandsvorstände und der Generalkommission siehe und sie mit aller Energie verteidige; denn durch diese Beschlüsse seien immer nur die Interessen der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gewahrt worden, und sie wären durch die Zeitverhältnisse notwendig gewesen. Von einer einseitigen Abredung der Regierungspolitik könne nicht gesprochen werden. Er wies auch noch auf die manigfachen Eingaben und sonstigen Bestrebungen der Generalkommission hin, die Ernährungsfrage und die Rationierung der Lebensmittel in bessere Weihen zu leiten. Schließlich wendete er sich entschieden gegen einen Antrag, der verlangte, daß in Zukunft die Generalkommission und der Verband auch die Vertreter der unabhängigen sozialdemokratischen Partei als Vertretung der Arbeiterschaft anerkenne. Eine Organisation, die auf so strenge Disziplin in den eigenen Reihen halte, wie wir es immer getan haben, könne sich nicht an Organisationsgruppierungen der politischen Arbeiterpartei wenden.

Fronttag entwickele den Klassenbestand der Organisation in ausführlichen Darlegungen, soweit es neben den vorliegenden gedruckten Berichten noch notwendig erscheine. Das Gesamtbild stellte er als nicht besonders günstig hin, so daß der Verbandsstag alle Ursache habe, die vorgeschlagenen Maßnahmen zu einer Besserung durchzuführen.

Weidler ging in seinem Bericht über das Fachblatt zunächst auf die seit 1914 von uns nicht mehr herausgegebene Zeitschrift „Technik und Wirtschaftswesen“ im Bäcker und Konditorgewerbe“ ein und legte dar, wie sich finanziell die Herausgabe des ersten Jahrganges gestaltet hatte. An Hand dieser Zahlen machte er Vorschläge, wie eine Wiederherausgabe der Zeitschrift in größerem Umfang zu gegebener Zeit von ihm gebacht werde, und wie der Inhalt dann ausgestaltet sein müsse. Der Verbandsstag nahm diese Vorschläge in der späteren Debatte durchaus zuflimmend auf, da auch der erste Jahrgang der „Technik“ gute Aufnahme bei der Kollegenschaft gefunden hatte und die gebotene Belehrung angesprochen habe.

Weidler gab dann den Stand des Fachblattes und die geldlichen Aufwendungen für dasselbe bekannt, die in der Berichtsperiode notwendig geworden waren, und ging schließlich darauf ein, welche Haltung die Redaktion während des Krieges zu den politischen und parteipolitischen Fragen eingenommen habe.

Als Schriftleiter habe er mit Beginn des Krieges nicht

umzulernen“ brauchen, da das Blatt auch schon früher im gewerkschaftlichen Interesse auf der einen Seite nicht die allerradikalste Richtung eingeschlagen habe und auf der andern Seite vertrete er auch heute noch den Standpunkt des Klassenkampfes, ohne den für die jetzige Redaktion die freien Gewerkschaften nicht denkbar wären. Dieser Standpunkt sei im Blatte auch noch nie verleugnet worden. Die Mittellinie halte er nicht ein, um es jedem recht zu machen; denn damit ziehe man sich am ersten Gegner nicht zu, sondern aus Überzeugung und aus seiner langjährigen Erfahrung in der Arbeiterbewegung; letztere werde weder durch die Extreme auf der linken noch der rechten Seite gefördert. Somit habe er aber auch nach Möglichkeit in den Parteistreitigkeiten eine neutrale Haltung eingenommen; nur sei er von Anfang an den Parteisplitterungsversuchen scharf entgegengetreten. Wenn die Parteisplitterung allerdings kein Ende nimmt, müsse auch das Blatt sich zu rein politischen Fragen mehr äußern; denn die Mitglieder sollten auch in politischer Hinsicht denken lernen.

An die Berichte schloß sich, wie vorauszusehen war, eine lebhafte und weit über einen Tag in Anspruch nehmende Aussprache an. Die Opposition gegen den Vorstandsbereich, soweit er organisatorische Fragen betraf, war allerdings nur sehr schwach, um so stärker aber, soweit es sich um die Stellungnahme des Verbandsvorstandes zu der Haltung der Generalkommission handelte. In bezug auf die Haltung des Fachblattes wurde im allgemeinen anerkannt, daß es sich wenig mit dem Parteistreit beschäftigt habe, und auch in bezug auf den einen hierzu vorliegenden und dann zur Annahme gekommenen Antrag, daß das Organ unparteiisch in politischen Fragen zu redigieren sei, wurde ausgeführt, er sei nur in Hinblick auf die Haltung anderer Gewerkschaftsblätter gestellt.

Hinsichtlich der jetzigen Schreibweise des Blattes konnte Weidler in seinem Schlusssorte Belege bringend, daß durch die heutigen Besitzverhältnisse einige Grenzen gezogen sind. Er wies nebenbei auch einen Vorwurf zurück, daß das Verbandsorgan heute nicht mehr in demselben Maße das Sprachrohr der Mitglieder wäre; allerdings müsse eine größere Gewerkschaft darauf bedacht sein, den Mitgliedern nach jeder Richtung mehr beherrschenden Stoff zu bieten; aber bei uns habe man noch immer das Bestreben gehabt, auch den örtlichen Interessen der Kollegenschaft entgegenzukommen. Natürlich müsse auch in das Sprachrohr seitens der Mitglieder und der Bezirksleitungen hineingesprochen werden. Um aber den Verbandsstag nicht darüber im Unklaren zu lassen, wie er als Mediator sich die weitere Führung für den Fall diente, daß der Parteistreit auch nach dem Kriege kein baldiges Ende nehme, so wolle er dies dahin zusammenfassen, daß das Verbandsorgan auch in Zukunft nach den Grundsätzen weitergeführt wird, die die deutschen Gewerkschaftsorganisationen auf ihre Höhe geführt haben. Diese Grundsätze genügs-

tamm und darf der Boden des Klassenkampfes nicht verlassen werden. In bezug auf den Meinungsstreit und die Berichtsplitterung innerhalb der politischen Arbeiterbewegung, durch welche auch die Interessen der Gewerkschaften auf das schwere geschädigt werden, hat die Schriftleitung wie bisher alles zu vermeiden, was diese Streitigkeiten vertiefen könnte, dagegen alle auf dem Wege einer Einigung der politischen Arbeiterbewegung liegenden Bestrebungen nach Möglichkeit zu unterstützen. Damit ist ein kritisches Eingreifen in aktuelle parteipolitische Streitfragen zu vermeiden, solange rein gewerkschaftliche Interessen hierzu nicht zwingen. Eine solche Stellungnahme schließe aber nicht aus, daß im Verbandsorgan die Fragen der allgemeinen Politik in rein sachlicher Weise behandelt werden, soweit die andern Klagen des Verbandsorgans es zulassen, und daß die Schriftleitung ihre Meinung dazu sagt, weil nur dadurch auch unsere Mitglieder zu dem unbedingt notwendigen Denken und zur politischen Urteilsschärfe erzogen werden können. Wenn zu solchen Fragen dann auch aus Mitgliedertreinen sachliche Beiträge geliefert werden, die sich gleichfalls grundsätzlich davon fernhalten, in Parteidifferenzen einzutreten, so ist dies nur zu begrüßen.

Der Verbandsstag beschloß, diese Darlegung der Redaktion als Erklärung in das Protokoll aufzunehmen.

An der Spitze der über die Geschäftssachen jüngst tretenen Opposition standen die Berliner Delegierten; sie fanden ihre hauptsächlichste Unterstützung durch Kollegen aus Leipzig, Bremen und Dresden; Zustimmung fanden sie unter anderem auch durch Südbayern; nur hielten es diese Kollegen offenbar für besser, im Reden Zurückhaltung zu üben. Wir wollen nur auf die Darlegungen des Berliner Vorsitzers etwas näher eingehen, damit die Debatte wenigstens einigermaßen charakterisiert wird. Er schickte, nachdem er an der rein geschäftlichen Tätigkeit des Verbandsvorstandes nur in einzelnen Punkten Ausstellungen gemacht und noch die oben erwähnte Kritik am Fachblatt geübt hatte, selbst voraus, daß er die ganze Taktik, die die Gewerkschaftsbewegung eingeschlagen habe, näher erörtern wolle; er griff hierauf die ganze Stellungnahme des Verbandsvorstandes zu den Maßnahmen der Generalkommission an. Es sei heute überhaupt nicht mehr festzustellen, welche Farbe die Generalkommission eigentlich hat. Die Haltung der österreichischen Gewerkschaftskommission sei höher einzuschätzen als die der deutschen Centralinstanz. Die heutige Politik sei schuld daran, daß wir ein Volk der Kriegsanleihenzeichner geworden wären. Die Verbreitung eines von der Generalkommission herausgegebenen Flugblattes gegen die politischen Streits habe die Berliner Ortsverwaltung abgelehnt. Mit solchen Mitteln, wie in dem Flugblatt, sollte die Generalkommission nicht arbeiten. Weiter wandte sich dieser Redner und andere gegen den Anschluß an den Bund für Freiheit und Vaterland und gegen die Maßnahmen in bezug auf die frühere „Gleichheit“. Wo wären auch Erfolge der Politik der Generalkommission? Sie habe Schiffbruch gelitten. Die Generalkommission dürfe sich nicht in irgendwelche Leichtsinnlichkeit einlassen, da man uns nur etwas gibt, wenn man uns fördert.

Diesen Angriffen setzte die andere Richtung der Delegierten entgegen, daß erster Grundzog wäre, Disziplinärliche entzünden zu bekämpfen, und daß es noch zu beweisen wäre, auf welche Art die Generalkommission ihre früheren Grundsätze aufgegeben habe. Das dies nicht der Fall sei, werde am besten durch die Tätigkeit der Gewerkschaften selbst nachgewiesen. Durch den Volksbund für Freiheit und Vaterland solle mit den reaktionären Bestrebungen entgegengearbeitet werden. Jeder einzelnen Handlung der Generalkommission werden allerdings nur wenige zustimmen. Der Vertreter der Generalkommission, Genosse Kube, wies in längen Ausführungen nach, weshalb die Generalkommission noch heute an der

Politik des 4. August festhalte, die ja auch damals von allen Seiten anerkannt worden wäre. In der weiteren Debatte gab ein Redner auch noch hervor, daß der Disziplinbruch innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion unter den Genossen im Felde auf daß tiefste empört habe.

Das Ergebnis der langen Aussprache war schließlich die einstimmige Annahme des Antrages:

Die Generalversammlung kann sich nicht mit allen Maßnahmen der Generalkommission während des Krieges einverstanden erklären. Sie erklärt, daß oberster Grundsatz gewerkschaftlicher Politik die Neutralität sein muß, und daß daher politische Streitigkeiten innerhalb der Partei auszutragen sind. Der Vorstand wird beauftragt, bei der Generalkommission dahin zu wirken, daß dieselbe nur gewerkschaftliche Interessen vertritt.

Damit wurden die übrigen Anträge zur gewerkschaftlichen Kriegspolitik als erledigt erklärt. Beschlossen wurde noch, daß die „Internationale Korrespondenz“ nicht mehr auf Verbandslisten an Angestellte geliefert werden darf.

Auf der Tagesordnung der Generalversammlung stand auch der Reichstarif mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine. Nach den Ausführungen des Kollegen Lantkes, der sich auf die Verhandlungen in der Konsumrätekonferenz bezog, wurde gegen eine Minderheit von fünf Vertretern, die versucht hatten, die ganze Frage der Tarifwidrigkeit in allen Einzelheiten auf dem Verbandsstage nochmals anzutreten, beschlossen, die Erneuerung des Genossenschaftstarifs zurückzustellen.

Über den Kampf um das dauernde Nachfrageverbot referierte Kollege Allmann, und noch einmal wurden die einzelnen Phasen dieses großen Rings um die Menschenrechte der Bäckerarbeiter der Kollegenschaft im Zusammenhang vor den Augen geführt. Bedauernlich war es, daß diese Ausführungen vor einem wichtigeren Verbandsstage gemacht werden konnten und daß die Zahl der Zuhörer noch durch die gleichzeitigen Kommissionssitzungen weiter verringert worden war. Über die Bedeutung der Kundgebung wurde dadurch gehoben, daß von jeder Diskussion Abstand genommen wurde und die nachdrückende Entschließung feststellt einstimmig zur Annahme gelangte:

Sei drei Jahren und vier Monaten ist nun zum zum Segen und zur Hebung des allgemeinen Wohlbeindens aller Bäckerangehörigen und deren Familien das Bäcker- und Konditorenverbot von der Nachfrage verschont geblieben. Nicht nur die Arbeiterschaft des Berufes, nein, auch die übergroße Mehrzahl der Arbeitgeber begrüßt diesen gewaltigen sozialen Fortschritt und wünscht, daß er dem Berufe dauernd erhalten wird. Dagegen können immer wieder nur eine kleine Gruppe von Inhabern und Leuten von Betriebsräten an, die aus schmider Gewinnlichkeit wenigstens ihr Interesse die Wiederaufführung der Nachfrage erbeten.

Wir begrüßen es, daß unsere Gewerkschaft im Range mit den anderen Arbeitersorganisationen des Berufs und allen andern Gewerkschaften, aber im vollen Einverständnis mit dem einschlägigen, größten Teil der Arbeitgeber und ihrer örtlichen Organisation, dem Gewerbeverband deutscher Bäckereiunternehmer, alles darangesetzt hat, daß bald ein passendes gesetzliches Verbot der Nachfrage für das Bäcker- und Konditorenverbot kommt. Besonders begrüßen wir die fändige energische Auseinandersetzung der Bäckervereinigung der Nacharbeit und der Schlichte, die sie sich zur Errreichung ihrer durchen Bestrebungen bewiesen.

Wir erhören einstimmig den freien Willen aller Arbeitskollegen, vor seinem Mittel, auch vor den früheren Maßnahmen, nicht zurückzutreten, um daß angestrebte dauernde gesetzliche Verbot der Nacharbeit zu erreichen.

Im gleicher Weise verfügtet sich die Arbeiterschaft des Berufes, alles aufzuhören, daß auch die Sonntagsarbeiten in unserm Berufe nicht wieder zur Einführung gelangt; denn die Friedjahr haben bewiesen, daß es nach Belebung der Bäcker- und Schankarbeiten die Bäckereiangehörigen mit Fuss und Faust ihrem ehrlichen Gewerbe nachgehen können, daß die Arbeitserleichterung bei Tagestätigem unter Gewährung eines freien Sonntags ganz befriedigend geschehen ist, und daß die Sauberkeit in den Bäckereien und Konditoreien dadurch bedeutend gefördert werden kann.

Hierzu referierte Redakteur Weißler über die erzielten Erfolge gewonnene zur Arbeitserlöse in unserm Berufe. In der Hand eines reichhaltigen Materials wie der Sätze steht, daß die Großbetriebe, besonders in der Bäckereiindustrie, nach der Betriebseröffnung außerordentliche Gewinne erzielten. Die Sätze der Arbeiterschaft waren aber zur Zeit eingerichtet annehmbar gezeugen, wo die Betriebe in der Lage waren, eine günstige Konjunktur zu fördern und zu nutzen. Auf die bereits früher die Arbeitgeber derart der Zeit der Zeit in allgemeinen Maßnahmen getragen. Es müßten darum alle Kräfte anstrengt werden, um eine Hebung der Sätze der Kollegen zu erreichen. (Beifall.)

Über die je bedeutsame Lebhaftigkeitsfrage im Bäcker- und Konditorenberufe verbreute sich dem Kollegen Schmidtmann, Bamberg. Er bemerkte die Verhältnisse deutlich im Sinne fröh geworten: „In dieser Sache sollte der Vorstand in dem Kampf gegen die Lebhaftigkeitsfrage nur auf daß allein angewiesen. Zur Organisation steht in den Klubzähmungen zur Verhinderung der Lebhaftigkeit Kulturarbeit. Der Verbandsstag nahm hierzu wichtige Schritte am.“

Die Arbeiterschaftskonferenz und Konditorenkongress werden entscheiden, ob während des Friedens erneut festgestellt

groß gewordenen Zahl der Lehrlinge im Bäcker- und Konditorgewerbe die nötige Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es ist notwendig, daß zu gelegener Zeit immer wieder an die Sätze, aber auch an die Handwerkskammern mit dem berichtigten Verlangen herangetreten wird, daß von ihnen Vorschriften beschlossen werden, durch welche die unverhältnismäßig große Zahl von Lehrlingen in unserm Gewerbe eingehaftet wird.

Das ist nicht nur deshalb notwendig, weil wir bei den dem Gewerbe auferlegten Produktionsbeschränkungen, die sicher auch noch einige Zeit nach Kriegsende bestehen bleiben, damit zu rechnen haben, daß große Arbeitslosigkeit unter unsrem Berufskollegen eintrete, die noch dadurch vermehrt wird, daß viele Tausende früherer Fleischmeister sich nicht wieder selbstständig machen können, sondern versuchen, als Gelegen Arbeit zu finden, sondern es ist auch besonders deshalb notwendig, weil bei der jetzt schon jahrelang üblichen Vereinfachung der Produktion die Lehrlinge auch noch nicht einmal zur Hölfe sich die technischen und fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten aneignen können, die sie später unbedingt gebrauchen.

Wenn die Arbeitgeber darauf hoffen, daß der junge Nachwuchs im Gewerbe mit den nötigen Kenntnissen und Fähigkeiten ausgestattet werden soll, um später zu tüchtigen Gehilfen heranzuwachsen, dann ist es Pflicht jener Leute, dieses unserer berechtigtes Streben eifrig zu unterstützen. Arbeitgeber, die in unverantwortlicher Weise fortwährend eine große Anzahl von Lehrlingen ausbauen, müssen der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Das umfangreiche Werk der Statutenänderung ist — man kann es sicher voraus sagen — zum Besten des Verbandes nach großer Mühe und gelungen. Die Vorlage des Verbandsvorstandes mußte sich allerdings noch recht große Mühe gefallen lassen; auf der einen Seite wurde der vorgeschlagene Höchstbeitrag von M. 1,50 pro Woche nicht, wie manche erhöht hatten, noch weiter aufwärts gesetzt, sondern auf M. 1,30 herunter, was natürlich auch eine Änderung der beantragten Unterstützungsfälle bedingte. Im allgemeinen geht die Änderung dahin, daß in den vom Verbandsvorstand und den Bezirksleitern ausgearbeiteten Tabellen überall die letzte Zeile überhaupt zu streichen ist und daß dann als Höchstbetrag nur M. 1,25 M. 1,30 gesetzt werden. Einige andere Änderungen wurden noch an den vorgeschlagenen Sätzen für Umpfangunterstützung und in der Krankenunterstützung vorgenommen. Wir werden die Tabellen in der nächsten Nummer bringen.

Von einer Urabstimmung über die neuen Sätze wurde, da die Kommissionsvorschläge mit großer Majorität angenommen worden waren, Abstand genommen; auch die Vertreter, die vor dem Verbandsstage geglaubt hatten, ohne eine solche unter keinen Umständen auskommen zu können, erklärten, daß nach den vorgenommenen Änderungen unter den Mitgliedern überhaupt keine nennenswerte Opposition mehr zu erwarten sei.

Zu den wichtigsten Beschlüssen, die wir hier erwähnen müssen, gehört die Schaffung eines Beirats, der dazu berufen ist, dem Verbandsvorstand einen Teil seiner verantwortungsvollen Tätigkeit abzunehmen. Ob es gelungen ist, hierbei das richtige Maß zu treffen, muß erst durch die praktische Zusammenarbeit und ihre Folgen erwiesen werden. Es ist bekannt, daß sich der Verbandsvorstand von vornherein nicht gegen eine solche Einrichtung aus Prinzip gewendet hat, sondern daß er zu ihrer Schaffung nur die gegenwärtige Stärke des Verbandes und die gegenwärtige Zeit für ungeeignet hält.

Die leidenschaftliche und unter den vorliegenden Umständen äußerst hohe Aufgabe hatte der Verbandsstag noch in der Erziehung des Verbandsvertrandes zu erledigen, eine Kriegsrede, die durch einige Vorgänge auf der Generalversammlung selbst kompliziert wurde. Die schon in Aussicht gestandene Eröffnung des allgemeinen Bündnisses, den Kollegen Allmann doch dazu zu bewegen, auf seinem Posten in der nächsten Sitzung auszuhalten, eine längere Schonzeit vor dem Ende der Kriegszeit wieder einzutreten, zerstörte sich in allerletzter Stunde doch endgültig, und es wurde dann folgender Verbandsvertrag gebildet: Josef Diermeier als erster, Alfred Kitz als zweiter Vorsitzender; Otto Freytag als erster, Max Lenghahn als zweiter Stellvertreter; Karl Tiegner, Carl Hirschfeld, Moritz Friedrich als Sechzehnte. Als Redakteure wurden Felix Weidler und Anton Lantkes wiedergewählt. Die Wahlen erfolgten einstimmig bis auf die des ersten Vorstandes; auf Diermeier entfielen 23 und auf Allmann noch 10 Stimmen. Dieses Resultat brachte zunächst den Kollegen Diermeier zu der Annahme, trotz einer Zweidrittel-Majorität, er könne nicht in genügendem Maße das Vertrauen der Mitglieder, und er könne den übertragenen Posten somit nicht annehmen. Aber er wurde zuhinterher berichtigkt, daß die auf Allmann trotz dessen endgültiger Ablehnung entfallenen Stimmen selbstverständlich nur auch ein Zeichen dafür sein sollten, wie hoch die Mitglieder sein Wollen einschätzten. Diermeier erklärte dann auch die Annahme des Postens, und er und die beiden andern neu in den Vorstand gewählten Kollegen werden ihre Überreichung sobald wie möglich vornehmen. Kollegen Diermeier erklärte es begegnen wieder gefüllt worden, seinen Wohnsitz in Berlin zu behalten — allerdings ein Zustand, der von den Bäckern Bauernverband in keiner Gesamtheit nur als ein recht ungünstiger empfunden wurde. Man darf sehr bezweifeln, ob in der kommenden Geschäftsperiode

sich ein leichteres Zusammenarbeiten mit einem auswärts wohnenden Mitgliede der Hauptverwaltung ermöglicht.

Wir können und wollen heute den Weggang des Kollegen Allmann von seiner führenden Stellung nicht eingehender behandeln, und der Verbandsstag hat auch selbst bereits einen Weg geöffnet, der dazu führen kann, daß Allmanns Tätigkeit, wenn vielleicht auch nicht in vollem Umfange, aber doch zu einem wesentlichen Teile der Organisation und der gesamten Bäckerbewegung — vor allem der internationalen — erhalten bleibt kann! Wir hoffen also, daß er von der Organisation noch nicht ganz Abschied genommen hat und glauben, ihm heute noch keine Abschiedsworte nachzuwerfen zu brauchen; da möglicherwohl noch etwas mehr gesagt werden als bisher, und es gehört auch wirklich etwas mehr Platz dazu, als am Schlusse eines Berichts verfügbare, wenn das Wirt Allmanns für die deutschen Bäckereiarbeiter nur einigermaßen entsprechend gewürdigt werden soll.

Die vierzehnte Generalversammlung wird in der Verbandsgeschichte wirklich ein Meilenstein sein. Sie hat durch eine Reform des Kassenwesens, die man noch immer großzügig nennen kann, unser Grund so gesichert, daß wir uns zukünftigen wirtschaftlichen Kämpfen mit guten Hoffnungen entgegensehen können; sie hat unsere nächsten Ausgaben nochmals klargestellt und der Kollegenschaft den Ernst der Zeit wiederum vorgeführt; sie hat in der Frage eines dauernden Nachfrageverbotes und in der Lehrlingsfrage kurz, aber um so nachdrücklicher gesagt, daß wir unsere Ziele unter allen Umständen mit ganzer Kraft erstreben werden, und sie ist auch dem Verlangen der Kollegen entgegengekommen, die da meinen, die Neuorientierung solle vor unserm Verbande nicht haltmachen. Wir sind überzeugt, daß die in langen Kampfsjahren der Organisation gewonnenen Erfahrungen auch schon das rechte Korrektiv gegen allzueifrige Heißsporne bieten. Dann wird unser Verband auch in Zukunft sein, was er bisher war: ein starker Schutz der Interessen unserer gesamten Berufskollegenschaft!

F. W.

Stellungnahme der Reichskonferenz der Konsumräte am 5. Mai in Leipzig zum Ablauf des Reichstarifs.

Die Konferenz wurde vom Kollegen Allmann mit dem Hinweis eröffnet, daß unter den gegebenen Verhältnissen lange Begrüßungsreden nicht am Platze seien; wir trafen jedoch in gewöhnlicher Weise sofort in die Arbeit ein. Zu Leitern der Konferenz wurden die Kollegen Lämmlein, Künneberg und Erdmann Müller, Leipzig, bestimmt. Auf der Konferenz waren 69 Kollegen anwesend, darunter einige Bezirksleiter, die eine größere Zahl von Betrieben vertreten. Der Referent Lantkes führte dann zur Frage der Kündigung des Reichstarifs mit dem Zentralverband deutscher Konsumräte aus:

Zunächst wäre festzustellen, daß die Durchführung des Genossenschaftstarifs mit verschiedenen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, weil mit Anfang des Krieges die Verhältnisse sich mit einem Schlag anders gestaltet und dann viele Kollegen auch gleich eingezogen wurden. Es mußte in Zukunft darauf hingewirkt werden, daß der Tarif schneller von allen Genossenschaften anerkannt werde. Die Genossenschaften hätten diejenigen Streben aber auch selber mehr Bedarf zu verleihen, denn sie wären ja keine kapitalistischen Betriebe. Bisher haben sie leider nicht so gehandelt. Es gäbe noch Genossenschaftsleitungen, die Gegner des Tarifvertrages sind. Verschiedene Vereine zählen zwar selbst über den Tarif, verweigerten aber trotzdem die Anerkennung desselben. Sie wären also als Feinde des Tarifabschlusses anzusehen. Diese gegenüber müßten mehr als bisher die gewerkschaftlichen Parteien in den Wahlzonen in Anspruch genommen werden. Das Tarifamt habe leider noch nicht die großen Machtmittel, wie sie zum Beispiel derselben Zustand bei den Buchdruckern aufzeigte. Unsere Bestrebungen nach dieser Richtung waren noch nicht von Erfolg; dahingehende Anträge wurden bisher abgelehnt. Der Zustand wäre also noch immer der gleiche wie 1914. Die Kollegen in den Genossenschaften veragten allerdings auch in der gewerkschaftlichen Tätigkeit, und dies sei eine der Ursachen, daß mit im allgemeinen im Tarifwesen noch nicht weitergeforscht wird. Bedauerlich wäre, daß in den Genossenschaftsbädereien die Arbeiterschaft, zum Beispiel die in der Expedition zum Teil in anderen Verbänden organisiert ist. Ebenso wäre dahin zu wünschen, daß die Lehrlingszulassung und die Frauenarbeit, die in den Genossenschaftsbädereien immer nicht um sich gesetzt, eingeschränkt wird und daß der Kriegsgefangen wieder ausscheiden. Wenn dies geschieht, so wird die Durchführung des Tarifs erleichtert werden. Lantkes gab weiter einen Überblick des gegenwärtigen Standes der Tarifanstrengungen in den einzelnen Gewerkschaften und ging dann zu den Auseinandersetzungen über, die vor einiger Zeit über diese Frage in der Presse entstanden waren. Den Standpunkt des „Gesamtverbandes der Gewerkschaftskommission der Gewerkschaften Deutschland“ zu diesen Auseinandersetzungen müsse er berücksichtigen. Offiziell ist dies noch nicht, auch bei den Genossenschaften wie auf Erhaltung des Tarifs zu dringen. Unser Vorschlag habe aber immerhin Grund gebracht, und wir müssen auf diesen Vorschlag folgen. Die Kollegenschaft sollte jedoch auch in den Gewerkschaftenfortbildungen und in der Tarifausarbeitung zur Tarif-Sitzung nehmend. An seinem

4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | 31 | 32 | 33 | 34 | 35 | 36 | 37 | 38 | 39 | 40 | 41 | 42 | 43 | 44 | 45 | 46 | 47 | 48 | 49 | 50 | 51 | 52 | 53 | 54 | 55 | 56 | 57 | 58 | 59 | 60 | 61 | 62 | 63 | 64 | 65 | 66 | 67 | 68 | 69 | 70 | 71 | 72 | 73 | 74 | 75 | 76 | 77 | 78 | 79 | 80 | 81 | 82 | 83 | 84 | 85 | 86 | 87 | 88 | 89 | 90 | 91 | 92 | 93 | 94 | 95 | 96 | 97 | 98 | 99 | 100 | 101 | 102 | 103 | 104 | 105 | 106 | 107 | 108 | 109 | 110 | 111 | 112 | 113 | 114 | 115 | 116 | 117 | 118 | 119 | 120 | 121 | 122 | 123 | 124 | 125 | 126 | 127 | 128 | 129 | 130 | 131 | 132 | 133 | 134 | 135 | 136 | 137 | 138 | 139 | 140 | 141 | 142 | 143 | 144 | 145 | 146 | 147 | 148 | 149 | 150 | 151 | 152 | 153 | 154 | 155 | 156 | 157 | 158 | 159 | 160 | 161 | 162 | 163 | 164 | 165 | 166 | 167 | 168 | 169 | 170 | 171 | 172 | 173 | 174 | 175 | 176 | 177 | 178 | 179 | 180 | 181 | 182 | 183 | 184 | 185 | 186 | 187 | 188 | 189 | 190 | 191 | 192 | 193 | 194 | 195 | 196 | 197 | 198 | 199 | 200 | 201 | 202 | 203 | 204 | 205 | 206 | 207 | 208 | 209 | 210 | 211 | 212 | 213 | 214 | 215 | 216 | 217 | 218 | 219 | 220 | 221 | 222 | 223 | 224 | 225 | 226 | 227 | 228 | 229 | 230 | 231 | 232 | 233 | 234 | 235 | 236 | 237 | 238 | 239 | 240 | 241 | 242 | 243 | 244 | 245 | 246 | 247 | 248 | 249 | 250 | 251 | 252 | 253 | 254 | 255 | 256 | 257 | 258 | 259 | 260 | 261 | 262 | 263 | 264 | 265 | 266 | 267 | 268 | 269 | 270 | 271 | 272 | 273 | 274 | 275 | 276 | 277 | 278 | 279 | 280 | 281 | 282 | 283 | 284 | 285 | 286 | 287 | 288 | 289 | 290 | 291 | 292 | 293 | 294 | 295 | 296 | 297 | 298 | 299 | 300 | 301 | 302 | 303 | 304 | 305 | 306 | 307 | 308 | 309 | 310 | 311 | 312 | 313 | 314 | 315 | 316 | 317 | 318 | 319 | 320 | 321 | 322 | 323 | 324 | 325 | 326 | 327 | 328 | 329 | 330 | 331 | 332 | 333 | 334 | 335 | 336 | 337 | 338 | 339 | 340 | 341 | 342 | 343 | 344 | 345 | 346 | 347 | 348 | 349 | 350 | 351 | 352 | 353 | 354 | 355 | 356 | 357 | 358 | 359 | 360 | 361 | 362 | 363 | 364 | 365 | 366 | 367 | 368 | 369 | 370 | 371 | 372 | 373 | 374 | 375 | 376 | 377 | 378 | 379 | 380 | 381 | 382 | 383 | 384 | 385 | 386 | 387 | 388 | 389 | 390 | 391 | 392 | 393 | 394 | 395 | 396 | 397 | 398 | 399 | 400 | 401 | 402 | 403 | 404 | 405 | 406 | 407 | 408 | 409 | 410 | 411 | 412 | 413 | 414 | 415 | 416 | 417 | 418 | 419 | 420 | 421 | 422 | 423 | 424 | 425 | 426 | 427 | 428 | 429 | 430 | 431 | 432 | 433 | 434 | 435 | 436 | 437 | 438 | 439 | 440 | 441 | 442 | 443 | 444 | 445 | 446 | 447 | 448 | 449 | 450 | 451 | 452 | 453 | 454 | 455 | 456 | 457 | 458 | 459 | 460 | 461 | 462 | 463 | 464 | 465 | 466 | 467 | 468 | 469 | 470 | 471 | 472 | 473 | 474 | 475 | 476 | 477 | 478 | 479 | 480 | 481 | 482 | 483 | 484 | 485 | 486 | 487 | 488 | 489 | 490 | 491 | 492 | 493 | 494 | 495 | 496 | 497 | 498 | 499 | 500 | 501 | 502 | 503 | 504 | 505 | 506 | 507 | 508 | 509 | 510 | 511 | 512 | 513 | 514 | 515 | 516 | 517 | 518 | 519 | 520 | 5

weiteren Darstellungen ging Lankes auf die Bewegung zur Ermittlung von Teuerungszulagen ein und hält in bezug auf den augenblicklichen Stand daran fest, was die Tarifamtsbeisitzer in Nr. 18/19 des Verbandsorgans kürzlich ausgeführt haben. Wenn jetzt Sonderabmachungen mit den Betrieben getroffen werden, sollte es aber durch die Bezirksleitungen geschehen; alle Schritte sollten dem Hauptvorstande gemeldet werden, der den Bezirksteitern dann Vollmachterteile. Mit der ganzen Frage der Teuerungszulagen werde sich nächstens der Generalrat des Centralverbandes der Konsumvereine beschäftigen. Gefordert müsse von uns werden, daß in Zukunft das Tarifamt die Teuerungszulagen endgültig regelt. Das Verlangen nach einer weiteren Erhöhung sei allerdings immer noch erschwert, weil ein großer Teil der Konkurrenzbetriebe tatsächlich immer noch weniger gewährt als die Genossenschaften. Eine Kündigung des Tarifes im gegenwärtigen Zeitpunkt hält Lankes nicht für geraten und weist auf die näheren Darlegungen im Verbandsorgan hin. Er entwickelte noch, wie er sich den nächsten Tarifvertrag aufgebaut denkt, und ersucht um Zustimmung, daß der laufende Tarif jetzt nicht gekündigt wird. Zweifellos werde dann auch der Verbandstag so beschließen. Lankes wendete sich dann noch gegen die hinsichtlich der bei den Bäckereigehältern eingerissenen Zustände. Die Gehälter entsprachen zumeist gar nicht den heutigen Verhältnissen, und die stellvertretenden Bäckmeister hätten sogar vielfach bei Übernahme des Postens sich mit noch geringeren Löhnen abseits lassen als dieständigen. Es habe sich ein beschämender Zustand entwickelt, der auch auf die allgemeinen Lohnverhältnisse ungünstig einwirke. Die Gehaltsfrage der Bäckmeister müsse gleichfalls tariflich geregelt werden.

Zum Schluß ermahnte der Referent die Genossenschaftsbäcker nochmals, in ihrem eigenen Interesse fleißigere Mitarbeiter im Verbande und in der allgemeinen Arbeiterbewegung zu werden.

In der allerausgiebigsten Debatte traten Krohn (Hamburg), Scharf (Bremen), Pöhlner (Chemnitz), Werner (Frankfurt a. M.), Wiesenbütter (Dresden), Piechel (Halle a. d. S.), Born (Erfurt), Obermeier (München), Menzel (Dresden), Gebhardt (Hamburg) und Höglund (Plauen) mit mehr oder weniger Geschick, oder teils aus örtlichen Gründen, teils weil sie auch im allgemeinen die gegenwärtige Zeit dazu für die allgemeine Gültigkeit hielten, für eine Kündigung des Tarifes ein. Hultschle (Berlin), Niedel (Freiburg i. Br.), Hase (Berlin), Heckhold, Altmann, Semmler (Leipzig), Sebre (Braunschweig), Ott (Zeitz), Granz (Limbach i. S.), Rehling (Erfurt), Ringel (Gotha), Huber (Herford i. W.), Winter (Elberfeld), Strehler (Halle a. d. S.) stimmten der Auffassung Lankes zu.

Die Befürworter der Kündigung vertreten unter anderem den Standpunkt, daß noch nicht einmal die in Frankfurt a. M. aufgestellten Forderungen durchgeführt seien; der laufende Tarif habe sich als ein untaugliches Instrument erwiesen, das so bald als möglich außer Kraft gesetzt werden müsse. Laut Wortlaut des jüngsten Tarifes könnte auch die Wochensundessicht in Gefahr kommen; dies müsse man durch einen neuen Tarif verhindern. Empfohlen wurde auch, einen neuen Tarif unter den jetzigen unsklaren Verhältnissen auf dem Wirtschaftsmarkt nur ohne bestimte Zeitdauer festzulegen und bloß eine Kündigungsfrist zu vereinbaren. Auch vor einer tariflosen Zeit solle man nicht zurücktreten. Beiron wurde auch in der Debatte wieder, daß es zum Abschluß eines günstigen Tarifes unbedingt notwendig sei, daß die Genossenschaftsbäcker ohne Ausnahme für die Organisation mitarbeiten, damit auch die Löhne in den Privatbetrieben auf der ganzen Linie einen höheren Stand erreichen.

Allmann wendete sich entschieden gegen die Tarifkündigung; vor allem sei für uns der fundamentale Grund, daß die Position der Organisation eine geschichtliche ist und daß auch die heutigen Genossenschaftsarbeiter zum Teil in der Organisation nur als Durchgangsarbeiter gewertet sein wollen. Der Verbandsvorstand sage auch nur vor, den Tarif zunächst bloß ein Jahr weiterlaufen zu lassen. Läßt sich die Genossenschaftszeitung auf dieses nicht ein, so müsse er allerdings gekündigt werden. Auch in bezug auf die Frage der Sonntagsarbeit — stehen dem Bäcker der Nachtarbeit — sowie in bezug auf die Bezahlung der Bäckmeister sei der Abschluß eines neuen Tarifes in späterer Zeit unbedingt günstiger als heute. Gegenwärtig würde bei den Verhandlungen nur ein Verlängerschaftsprodukt herauskommen. Auch Heckhold nahm auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und besonders auf die Verschiedenheit der heute tatsächlich gezahlten Löhne Bezug und trat einer jüngsten Kündigung nachdrücklich entgegen. Selbst einer Regelung der Arbeitszeit treten augenblicklich die größten Schwierigkeiten entgegen. Deshalb sei es das günstigste, den Tarif weiterlaufen zu lassen, aber unter keinen Umständen zunächst länger als auf ein Jahr.

Nach einer fünfstündigen Aussprache und einem kurzen Abschlußvortrag des Referenten waren die Ansichten so weit gegangen, daß bei der Entscheidung der Frage, ob in diesem Jahre die Kündigung des Reichstarifes erfolgen soll, nur noch 7 Stimmen dafür abgegeben wurden. Dem Verbandszuge war somit seine Stellungnahme jedenfalls sehr erlichtet, und wenn dort auch die Anhänger der Kündigung nochmals mit großem Nachdruck ihre Gründe für eine Kündigung anführten, so konnte dies doch nicht den Erfolg haben, daß der Verbandstag sich auf einen andern Standpunkt gesetzt hätte, als die Mehrheit der Konferenz.

Feurige Zungen.

Feurige Zungen . . . Glühende Worte, göttlich trunken und feierlich, sprengten des Himmels verschlossene Pforte — und eine weiße Taube entwich.

Jünger und Juden, Parther und Neder stammelten wild, von der Taube umkreist; Stirnen sanken in Staub. Und jeder spürte den heiligen Geist.

Feurige Zungen . . . Eiserne Münder bellen ergrimmt in die Schlacht; glühende Sterne, Todesverkünder, singen von ewiger Nacht.

Herzen verstummen und lebendige Lungen. Nieder! predigt das tönende Rohr. Länder versinken. Und flammende Zungen schluchzen zum Himmel empor.

Feurige Zungen . . . Keimende Pfingsten, sonnig von Hoffnung erhellt: Blüten und Freude dem Hermisten, Geringiten — Werde, du bessere Welt! Schaffen und Schönheit in fröhlichen Schmieden, Zukunft in jauchzender Glut: Heilig die Arbeit, heilig der Frieden, heilig lebendiges Blut!

Pan.

Die Brotration.

In der Sitzung des Ernährungsbeirates des Reichstages, der am 26. April unter dem Vorsitz des Staatssekretärs v. Waldow tagte, wurde die Frage besprochen, ob am Schlüsse des Wirtschaftsjahres eine Kürzung der Brotration eintreten müsse. Nach eingehenden Referaten des Leiters der Reichsgetreidestelle, Unterstaatssekretärs v. Grävenitz, und des Unterstaatssekretärs im Kriegsernährungsamt v. Braun, der an den Wirtschaftsverhandlungen in Niemtsch bis in die letzten Tage teilgenommen hat, wurde Übereinkunftmäßigkeit dahin erzielt, daß die Lage zurzeit noch zu ungestärkt ist, um eine so einmäandende Maßnahme zu beschließen, die sich möglicherweise später als unnötig erweisen könnte. Es soll daher abgewartet werden, wie sich die Abwidderung der Getreidezulage aus der Zukunft in der nächsten Zeit vollzieht. Es sind alle Vorbereitungen getroffen, um die von der Ukraine vertragsmäßig zugefördernten Getreidemengen, die ausreichen würden, um zusammen mit den eigenen Beständen der Reichsgereidestelle unsere Broterzeugung in gleicher Höhe bis zum Schlüsse des Erntejahrs sicherzustellen, bereitzubringen. Einige Transporte sind bereits eingetroffen; die Entwicklung in den nächsten Wochen wird volle Klarheit bringen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die 14. ordentliche Generalversammlung in Leipzig wählte in den Verbandsvorstand:

Josef Diermeier, München, bisher Vorsitzender des Verbandsausschusses, als ersten Vorsitzenden;

Alfred Fitz, bisher Bezirksleiter in Leipzig, als zweiten Vorsitzenden;

Otto Freitag als ersten Kassierer;

Markus Langhans als zweiten Kassierer;

Felix Weidler und **Anton Lanke** als Medikure;

Karl Heckhold (mit dem Sitz in Berlin), **Karl Diegner** und **Moritz Friedrich**, letzterer bisher Bezirksleiter in Dresden, als Sekretäre.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Zuschriften sind an folgende Adresse zu richten:

Josef Diermeier, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Abschreibungen, Geldsendungen und Korrespondenzen in Kassenangelegenheiten an:

Otto Freitag, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Sendungen an die Medikation des Fachblattes an:

Felix Weidler, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Der Verbandsvorstand beauftragte in der nach Schluss der Generalversammlung stattgefundenen Sitzung den Unterzeichneten mit der Geschäftsführung bis zur vollzogenen Übersiedlung der gewählten Vorsitzenden nach Hamburg.

Auf Antrag der Zahlstelle Hannover wurde Mag. Philip (Buch-Nr. 45824) wegen Dickezahl aus dem Verbande ausgeschlossen.

Der Verbandsvorstand.

H. A. U. Lanke.

Quittung.

Vom 28. April bis 11. Mai gingen bei der Hauptklasse des Verbandes folgende Beiträge ein:

Für April: Lüneburg R. 25,87, Reitzenheim 10,80, Bremen 372,34, Hamburg 2387,13, Landsberg a. d. R. 2, Coburg 22,66, Gotha 83,36, Mühlhausen i. W. 40,

Apolda 38,75, Spremberg 20,75, Bremerhaven 42,20, Duisburg 77,05, Magdeburg 525,88, Langenau 11,87, Leipzig 588,28, Hannover 515,66, Würzburg 47,45, Zeitz 116,52, Halle a. d. S. 868, Hof 18,75, Nürnberg 628,30, Regensburg 98,34, Straubing 57,42, Roßlau 62,01, Bernburg 68,70, Landshut 245,18, Dessau 49,17, Büttau 15,76, Limbach i. S. 49,20, Lüdenscheid 38,19, Stendal 14,50, Saarbrücken 91,75, Düsseldorf 71,91.

Von Einzelzahldern der Hauptklasse: R. S. Ballenstedt M. 12, P. R. Wismar 18,30, Franz Michel (im Felde) 10, B. Baumann-Grobow 17,50.

Für Abonnements und Annoncen: Magdeburg M. 4,50, Nürnberg 6,30, Düsseldorf 4,20.

Für "Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung": Gotha M. 3.

Der Hauptkassierer. O. Freitag.

Sterbetafel.

Hamburg. Fritz Stuhr, Bäcker.

Magdeburg. Otto Wienert, Bäcker, 19 Jahre alt, am 2. Mai.

Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Bremen. Max Rudolph, Bäcker, 34 Jahre alt, gefallen im April.

Bezirk Chemnitz. Andreas Baumann, 24 Jahre alt, gefallen.

Bezirk Essen. Glockemeyer, 29 Jahre alt, gefallen.

Bezirk Halle a. d. S. meldet als gefallen:

Richard Geitner (Gera), Bäcker, 29 Jahre alt, am 22. März;

Fritz Himmstedt, Bäcker, 33 Jahre alt, am 16. April.

Bezirk Hamburg meldet als gefallen:

Hermann Jenner, Bäcker, 39 Jahre alt;

Robert Redeker, Bäcker;

Gustav Dietz, Bäcker, 21 Jahre alt;

Emil Diedrich, Bäcker, gestorben am 26. Februar in einem Kriegslazarett.

Bezirk Bierfeld. August Schmieding, 38 Jahre alt, gefallen.

Bezirk Magdeburg. Otto Keitel (Dessau), 38 Jahre alt, gefallen.

Ehre ihrem Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Abwicklung eines Tarifvertrages

zwischen der Bremer Brotfabrik, Dr. L. Gancemann, Bremen, und dem Centralverband der Bäcker, Konditoren und verwandter Betriebe Deutschlands, Lohnverwaltung Bremen.

1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit beträgt für alle Beschäftigten neun Stunden täglich ausschließlich der zentralen notwendigen Pausen, die mindestens eine halbe Stunde betragen müssen. Wöchentlich dürfen nicht mehr als sechs Schichten geleistet werden.

2. Löhne. a) Bäcker: Der Lohn beträgt wöchentlich M. 40. Zu diesem Lohn wird eine Teuerungszulage von M. 8 pro Woche gezahlt. b) Hilfsarbeiterinnen: Die Hilfsarbeiterinnen werden in drei Gruppen eingeteilt. Gruppe I umfaßt diejenigen Arbeiterinnen, die als Ertrag für Bäcker in Frage kommen. Gruppe II umfaßt diejenigen Arbeiterinnen, die verantwortliche Arbeiten zu leisten haben und Vertrauensposten bekleiden. Gruppe III umfaßt alle übrigen Arbeiterinnen. Der Lohn beträgt in der Gruppe I M. 32 pro Woche, in der Gruppe II M. 27 und in der Gruppe III M. 22 pro Woche. Die Löhne gelten als Wochenlöhne, und werden für Feiertage, die auf einen Werktag fallen, keine Abzüge gemacht. Auslöhnen erhalten denselben Lohn wie jede Arbeiter oder Arbeiterin. Verichtet eine Arbeiterin eine Woche und darüber auslöhnen, so erhält sie für diese Zeit den für die betreffende Gruppe festgesetzten Lohn.

b) Bäckerinnen: Bei vor kommenden Feiertagen werden die Hilfsarbeiterinnen der Gruppe I erhalten 75 % pro Feierstunde, in der Gruppe II 60 % und in der Gruppe III 50 % pro Stunde.

4. Lohnzahlung. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich und zwar Freitags; ist der Freitag ein Feiertag, am vorhergehenden Werktag.

5. Ferien. Alle Beschäftigten erhalten, sofern sie vor dem 1. Januar des betreffenden Jahres eingestellt sind, in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September unter Weiterzahlung des Lohnes sechs Arbeitstage Ferien. Nach dreijähriger Beschäftigungsduer betragen dieselben neun Arbeitstage.

6. § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Alle im Betriebe beschäftigten ledigen Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten bei einer Beurläufigungsduer von über 1 Monat bis zu 3 Monaten 6 Tage, von über 3 Monaten 2 Wochen, von 2 bis 5 Jahren 3 Wochen, von über 5 Jahren 4 Wochen Beurläuf zum Krankengeld, so daß Zusatz und Krankengeld die Summe des zustehenden Lohnes ausmachen. Alle verheirateten Personen erhalten bei einer Beurläufigungsduer bis zu 3 Monaten den Zusatz genau wie Ledige; nach drei Monaten erhalten sie bis zu sechs Wochen den Zusatz zum Krankengeld.

7. Kündigungsfrist. Die Kündigungsfrist der Bäcker beträgt im ersten halben Jahre der Beschäftigung drei Tage, nach dieser Zeit zwei Wochen. Arbeiterinnen haben keine Kündigung.

8. Arbeit an Wochenfeiertagen. Die an Wochenfeiertagen zu leistenden Arbeitsstunden werden mit Überzuhundenlohn extra bezahlt.

9. Schlichtung von Differenzen. Entstehen zwischen der Firma und den Beschäftigten aus dem Arbeitsverhältnis Differenzen, so ist deren Beilegung durch mündliche Verhandlungen zwischen der Firma und dem Arbeiter-

ausgang des Betriebes über dem zuständigen Organisationsleiter zu schließen. Sollten diese Verhandlungen zu keinen beide Seiten befriedigenden Ergebnis, so ist das Gewerbeamt Bremen als Einigungskant einzurufen.

11. Schlußbegriff im unten genannten. Die bei der Einigungskant dieses Tarifes bestehenden günstigeren Lohn- und Preisabschließungen werden durch die Tarifregelung nicht beeinträchtigt, sondern bedürfen nach derselben ihrer Gültigkeit. Dieser Tarifvertrag gilt für die Dauer von zwei Jahren, und zwar vom 1. Mai 1918 bis zum 30. April 1920. Werden derselbe nicht einen Monat vor Ablauf von einer der vertragsschließenden Parteien gefündigt, dann läuft er stillschweigend ein Jahr weiter und immer so fort, bis von einer Seite eine Kündigung erfolgt. Eine Einigung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in die einzelnen Gebiete ist diesem Tarif als Anhang beigefügt.

Bremen, den 27. April 1918.

(Unterschriften)

Tarifverhandlungen in Regensburg. Durch die immerwährende Preissteigerung aller notwendigen Lebens- und Gewerbeartikel waren die Gehilfen erneut gezwungen, zum Ausgleich zwischen Lohn und Leistung Stellung zu nehmen, und es wurde nach eingehender Beratung beschlossen, den Gehilfentarif mit die Organisationsleitung zu befragen, um dem Geschäftchen an die Arbeitgeber heranzutreten, doch allen Gehilfen ihre Forderung und Person A. 4 Zulage gerecht werden sollte. Bereits in früheren Eingaben an die Bäckereiunternehmung einige war sich auf eine Zulage, die aber nicht ganz ausreichte, das Geschäft nachdrücklich weiter zu fristen. Das haben auch die Bäckermänner ein; denn im Vorjahr stimmen sie einer Erklärung der Gehilfensvertretung zu, falls die Preissteigerung anhält, daß wir uns dann auf Grund einer erneuten Eingabe einzigen würden. Sieht man so, könnte die Forderung dieser Artikel an, so findet man, daß die Durchschnittssteigerung 160 v.H. beträgt, während die Löhne der Bäckergesellen um 14% bis 18 v.H. gestiegen sind und die Durchschnittssteigerung 16% v.H. beträgt. Die Gehilfenschaft riet nach in dem guten Glauben, auf friedlichem Wege zu einer Einigung zu gelangen, was aber zu einer harten Erfüllung führte. Auf unsere Eingabe vom 2. April wurde zunächst geantwortet, wir sollten vorstern die neue Regelung der Fleisch- und Brötewirtschaft abwarten, wofür mit der Bedeutung, daß sie zugunsten der Bäckermänner cas. Wenn wird auch über die Frage der Lohnregelung zu reden sein. Nun ist inzwischen der Wochentarif gefunden; und erscheinen auch die Brötewirtschaft eine kleine Reduzierung, mit der sich aber anscheinend die Bäckermänner einverstanden erklären, während sie doch in ihrer Eingabe an den Gewerbeausschuß darauf verwiesen haben, daß die beteiligten Brötewirtschaften der Gehilfen bestätigt werden müssen. Heute hat es aber den Anschein, noch dem dreistrebenden Standpunkt der Gehilfen gegenüber, daß nicht mehr die Bäckermänner die Forderungen sind, daß sie aber die Gehilfenschaft zur Zufriedenheit machen und sie zu trösten sind, daß sie diesmal keine Tarifverhandlungen erhalten können.

Auchdem nun jede Verhandlung aussichtslos erschien, so fand sich kein anderer Weg, als das Einigungskant um Bezeichnung zu eruchen. Hoffentlich werden die Bäckermänner sich bis dahin einzigen, das auch für die Gehilfen eine Zulage eine unbedeutende Notwendigkeit ist. Sie haben während dieser kriegerischen schweren Orter gebracht, ihr ganzes Fachwissen kostbares Service der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt, und sie werden auch immer gern berührt sein, allen Anredungen genutzt zu werden; sie müssen den dringenden Wunsch zum Ausdruck bringen, daß auch ihren sozialen Lebensbedingungen Rechnung getragen wird.

Die Verhandlungen am Einigungskant sollen am 14. Mai unter dem Vorsitz des Herrn Oberlandesgerichtsrat Dr. Prester stattfinden; wir werden über den Erfolg berichten.

Die Broschüre vom C. Müller in Halle a. S. hat den dort beschäftigten Kollegen noch die in Aussicht gebrachte A. 2 Zulage gewährt, so daß jetzt der Wochenlohn A. 45 beträgt.

Fabrikbericht.

Die Betriebsarbeitszeit der Firma Selmann in Dresden nahm in verschiedenen Betriebsverhandlungen Einfluss zu den bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu. Berichtet. Zur einer dieser Tarifverhandlungen wurde der Arbeitnehmer durch bestimmt, gemeinsam mit der Organisationsleitung der Firma die Forderung an eine laufende Tarifverhandlung zu übertragen. Dem in nachgekommenen werden, und es haben am 30. April mit der Firma Verhandlungen folgendermaßen — Erreicht wurde, trotz der Rücksicht der wirtschaftlichen Verhältnisse, in welcher die genaue gesetzliche die Grundsätze der Schönleben- und Industriearbeitszeit bestand, was in diesem Bericht besprochen ist. Es ist nun herausgestellt, daß durch den sich immer mehr bemerkbar machenden Mangel an Rohmaterial, was zur Folge hat, daß gegenwartig in bestehenden Fabriken der Betrieb unterbrochen wird, eine einmalige Tarifverhandlung soll A. 10 für alle Beschäftigten, des weiteren eine Tiefverkürzung bei jenen Wänzen, welche bei der letzten Absatzbeschaffung nicht beschäftigt worden sind, sowie ehemalige Arbeitnehmerinnen, welche infolge der Betriebsverhinderung nicht den herstellenden Arbeitsmarkt antreten.

Eine gesetzliche Betriebsarbeitszeit nahm nach einer Beratung des Arbeitnehmerausschusses und des Betriebsrates, Kollegen Friedrich, dieses Ergebnis an an dem Sonntag, in gegebener Zeit von neuen an die Firma große Ausweitung der Arbeitszeitumfang heran-

fahrt. Nebenzulage und der Fleiderablage gestoßen worden. Das Gewerbeamt Berlin sprach ihm mit Urteil vom 18. Februar 1918 Entschädigung zu. In den Gründungen wird ausgeführt: Unstreitig bestand die Fleiderablage nur in einem Augenblick eiserne verschlossenen Raum, der jedoch zur Zeit des Schätzrechts längere Zeit offen stand und in einem insgesamt allerdings verschlossenen Raum, der zwar weiter für mehrere decartige Fleiderablagen einige Räume vorhanden, die jedoch nicht direkt zählen konnten, ob jeder nach seiner eigenen Sachen nahm. Eine solche Einrichtung enthielt keine ausreichenden Maßregeln gegen Diebstahl. — Es sind zahlreiche Möglichkeiten denkbare, wie die Kleider der Arbeiter zwischen geschützt werden könnten. Es könnte zum Beispiel für jeden Mann über doch wenigstens für zwei bis drei Personen ein Schrank vorhanden sein; es könnte, wie bei Theatern, die Unterbringung der Sachen gegen Rationen erfolgen; und ferner die Sachen kann auch unter mit einem Vorlegekoffer verbundene Ketten gesichert werden. Da bestehenden Maßregeln auf die Belegung um so mehr für verpflichtet erachtet werden, als Diebstähle in größeren Fabriken natürlich nicht zu den Seltenheiten gehören. Es mag auch noch darauf hingewiesen werden, daß in Fabriken Wertzeuge der Firma der Arbeitern gewöhnlich mit gegen Kontrollmaßen ausgehändigt werden. Die Sorgfalt aber, die hiermit hinsichtlich ihres Eigentums anzuwenden, darf bezüglich der Sicherungsmaße der Angestellten nicht unkenntlich gelassen werden.

Sozialpolitisches.

Weitere Ausgestaltung der Volksfürsorge. Das Kaiserliche Ausflugsamt für Privatversicherung hat dem Vorstand der Volksfürsorge die Einführung eines neuen Tarife IIa mit monatlicher Prämienzahlung und der Sozialversicherungsumme von A. 2000 genehmigt. Weiter hat das Amt dem Antrage des Vorstandes entsprochen, für alle bestehenden Tarife den Höchstbetrag der Rentenversicherungsumme von A. 1500 auf A. 2000 zu erhöhen.

Einigungskant Bäcker und Schriften.

Um der „Neuen Zeit“ ist jedoch das 5. Heft vom 2. Band des 36. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Bandes, des „Märzhefts“, wie es genannt werden kann, haben wir bewußt: Karl Marx. (Geboren am 5. Mai 1818, gestorben am 14. März 1883.) — Marx und die große französische Revolution. Von Hermann Wendel. — Der Friede von Villafranca. Von Karl Marx. — Eine Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. — Literatur-Satirik der „Neuen Rheinischen Zeitung“. Von Ernst Dohm. — Literarische Rundschau: M. Beer, Karl Marx. Sein Leben und seine Lehre. Hermann Müller, Sekretär des Centralarbeitssekretariats zu Berlin, Marx und die Gewerkschaften. Von Heinrich Einwohner. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteur zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 30 S. Probenummern liegen jederzeit zur Verfügung.

Die Ukraine wird in den vorliegenden Heften 175 bis 178 von Songs illustrierter Kriegsgeschichte. Der Krieg 1914/18 in Wort und Bild (Deutsche Verlagsanstalt Bong & Co., Berlin W. 6), wöchentlich ein Heft zum Kreise von 40 S. einer sehr eingehenden Schilderung unterzogen. Wir bekommen hier eine Übersicht über die reiche Produktion der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, über die geographischen Verhältnisse usw. Diesem lehrreichen und lebenswerten Artikel schließen sich anheiter an wie „Sonneum im Winterwald“, „Drei Dammer“ in 18 Minuten verfeucht, „Fünfzehn auf Sumpfland“, „Der Kampf auf dem Eisgrate“, „Das Geisterreich des Lingarivier“ Gefährdungsbericht, „Die Minenwelt“ usw. Die Schilderungen geben mit den Bildern und Texten ein anschauliches Bild des Krieges, während die Hauptabteilung des Werkes, die eigentliche Kriegsgeschichte, die Romane an der Front bis zum Zusammenbruch der italienischen Front und die Romane an der Front 1917, von Beginn der großen Schlacht in Italien veröffentlicht. Bilder und Seiten-Gesamtkarte, gute Schlagbiographien sowie Kuntbilder bilden unverzerrtes zum leichteren Verständnis des gegebenen Werkes.

Spätestens am 18. Mai
ist der 21. Wochenbeitrag für 1918
(19. bis 25. Mai) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Sonntag, 26. Mai:

Zimmer: 2 Uhr, Deutsches Haus. — Büffingen
Bürochef: Bei Buddenberg Büffingen I. Befest. 86.
Saarbrücken: 3: 5 Uhr, Befest. 6.

Anzeigen.

Nürnberg Bäcker- und Konditorhilfen
decken Ihren Bedarf am besten bei
Hans Berliss, Schuhmeister, Hengasse 2, 1. Et.

Machtwurf.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 28. März
unser Kollege

Glockemeyer

im Alter von 29 Jahren.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

[A. 3,60]

Zahlstelle Düsseldorf.

Machtwurf.

Am 26. April starb in einem Lazarett unser Mitglied
August Schmieding

im Alter von 66 Jahren.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Hermann Hoppensack
im Alter von 50 Jahren.

Er ruhe in Frieden.

[A. 4,50]

Zahlstelle Herford.

Machtwurf.

Am 26. Februar starb in einem Kriegslazarett an
Genicktrichter unser Mitglied, der Bäcker

Emil Diedrich.

Sein Andenken wird in Ehren halten.

[A. 3,80] Die Zahlstelle Lüneburg.

Machtwurf.

Am 2. Mai starb unser Mitglied, der Bäcker

Otto Wienert

19 Jahre alt, nach kurzer Krankheit.

Das Andenken dieses Kollegen werden wir in
Ehren halten.

Zahlstelle Magdeburg.

Freimüller'sche Franken- und Sterbekasseverein der Bäckergesellen in München.

Einladung

zu der am Mittwoch, 5. Juni 1918, abends 7 Uhr,
stattfindenden

Generalversammlung

im „Gasthaus zum Alibi“,
Gef. Müller- und Thalstrichnerstraße.

Tagesordnung:

1. Verlesen des Protolls.
2. Kassenbericht.
3. Wahl der Vorstandsschaft.
4. Verschiedenes.

Anträge und Beschwerden zur Generalversammlung
müssen spätestens am 20. Mai bei dem Vorsitzenden Dominikus
Eder, Mariustraße 8/0, eingereicht sein.

Um vollzähliges Erscheinen wird ermahnt.

[A. 15] Der Vorstand.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren Zahlstelle Hamburg-Altona.

Sonntags, den 25. Mai, abends 8 Uhr:

Mitgliederversammlung

im Gewerbeschishaus, oberes Messtanzamt.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandsstag. 2. Wahl
des Vorsitzers im Verbandsvorstand. 3. Wahl der Kammertagesschreiber. 4. Quartalsbericht.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist unabdinglich Pflicht.

[A. 4,20] Der Vorstand.

„Sinnentwurf“

bestbewährtes Mittel zum Streichen der Bleche und Formen
Preis je Kilo A. 7,50, von 5 kg an A. 7. Sehr zu empfehlen!

Liebing & Co., G. m. b. H..
Leipzig-R. 5. Stohlgartenstraße 1. Telephon 2290.

Kontrolltafeln National

mit und ohne Scheibenverglas zu kaufen geachtet.
Nummer u. Preis mit J.N. 2995 an Gep. d. Gl.